

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und (36 Heftgebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Aus-
land unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postkontonummer Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 & je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postkonto
Hannover 67377.

Nr. 261.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 6. November 1930.

12. Jahrgang.

Wir können nicht auf euren Wegen geh'n
Und euren Freuden uns're Herzen geben;
Wir folgen einem, den wir niemals seh'n,
Der ist uns alles, Führer, Freund und Leben.
Er ruft uns oft — ach, keiner ruft uns so! —
Wann hätten seinen Ruf wir nicht vernommen?
So wandern wir denn, stark und heimwehstrotz,
Und wissen, daß wir bald nach Hause kommen!
Voerling.

Eine kritisch zeitgeschichtliche Betrachtung über den Bolschewismus.

Schon oft ist auf den bevorstehenden Zusammenbruch
des bolschewistischen Systems in Rußland hingewiesen
worden; aber immer wieder haben sich die Mutmaßungen
als nicht zutreffend erwiesen. Nur das eine haben sie
wiederholt bestätigt, daß die Wälder, die über Rußland
gezeichnet werden, selten die bestehenden Zustände wie-
derzugeben vermögen. Wie kommt es, daß das Sowjet-
system noch immer fortdauert?

In keiner Zeit haben die wirtschaftlichen Verhältnisse
eine solche Bedeutung gehabt wie in der Gegenwart. Die
Ursachen liegen in den Fortschritten auf den Gebieten des
naturwissenschaftlichen Erkennens und des technischen Ge-
schehens. Die Einstellung zur Wirtschaft ist aber ein
grundverschiedenes. Die Kulturstaaten sehen die Wirt-
schaft als ein Schicksal an, das auch das menschliche Schicksal
in sich schließt. Die großen Kräfte sind etwas Naturge-
gebenes, denen wir darum nicht zu entgehen vermögen.
Der Bolschewismus kennt diese Abhängigkeit nicht. Für
ihn ist die Wirtschaft eine Aufgabe, die sich lösen läßt.
Beide Einstellungen sind falsch. Die Wirtschaft ist weder
Schicksal noch Aufgabe, sondern beides: Schicksal und
Aufgabe. Das Verhängnis unserer Volkswirtschaft ist es,
aus der klar erkannten Tatsache, daß die Gütererzeugung
eine mechanische Angelegenheit der Menschheit ist, nicht
die erforderlichen Konsequenzen gezogen zu haben.

Die Menschheit wird es nötig haben, mit allem Fleiß
die Verhältnisse in Rußland zu beachten, denn der Bol-
schewismus hat sein letztes Ziel, die Weltrevolution, nicht
aus den Augen verloren. Um einigermaßen klar zu se-
hen, werden wir nicht umhin können, uns das Wirt-
schaftsprogramm Rußlands, den Fünfjahresplan oder „die
Pjatiletka“ anzusehen. Dabei werden es weniger die ein-
zelnen Zahlen, als die Schlussfolgerungen sein, die wir
aus ihnen ableiten können, die uns interessieren wer-
den. Auch dürfen wir uns mit dem Abschluß des ersten
Jahres begnügen, weil der des zweiten Jahres keine Ab-
weichung in der Gesamtrichtung gebracht hat. Die Wirt-
schaftsmitteilungen der Sowjetbehörden dürften im allge-
meinen ein treues Bild der tatsächlichen Verhältnisse
bringen. Sie geben es unumwunden zu, wenn ein Ziel
nicht erreicht ist. Lenin war von einer unbeflecklichen
Wahrheitsliebe, und dieses Streben zur Klarheit hat sich
erhalten und ist vielleicht eine der Ursachen mit, daß der
Sowjetstaat noch nicht zusammengebrochen ist. Lenin hat
es immer wieder betont: Wir sind oft gezwungen, einen
Schritt rückwärts zu tun, um überhaupt vorwärts zu
kommen. Das ist auch bei der Aufstellung des Fünfjahres-
plans ausgesprochen worden. Nach diesem Plan sollen
in der Zeit von 1928 bis 1933 nicht weniger als 78,4 Mil-
liarden Rubel neues Volksvermögen geschaffen werden.
Das Grundvermögen des Landes soll von 70 auf 127 Mil-
liarden Rubel, das umlaufende Kapital von 15 auf 30
Milliarden Rubel steigen. Die Produktionssteigerung der
Industrie soll 136 Prozent, die der Landwirtschaft 55 Pro-
zent betragen. Dieser Wirtschaftsplan hat in unseren
Wirtschaftszeitungen zunächst allgemeine Beifriede her-
vorgerufen. Nach den Berichten des ersten Jahres, aus
denen hervorgeht, daß die vorgestreckten Ziele z. T. er-
reicht, teilweise überschritten, teilweise nicht erreicht sind,
nimmt man sie vollkommen ernst.

Nun glaube ich nicht, daß hierin das Bestimmende für
den weiteren Bestand der Sowjetunion gesehen werden
darf. Ganz allein entscheidend wird es sein, wie sich das
russische Volk weiterhin zum Bolschewismus stellen wird
und wie die anderen Völker sich zu ihm verhalten werden.
Nach den Angaben, wie man sie immer wieder liest, muß
man annehmen, daß das russische Volk der Herrschaft
bald satt sein wird. Ich will aber einige andere Angaben
daneben stellen, die uns vielleicht ein anderes Urteil ab-
zugeben werden. Nach dem Bericht über den Wirtschafts-
verlauf des ersten Jahres ist die Menge des umlaufenden
Geldes um 26 Prozent vermehrt worden. Die Preisstei-
gerung hat aber nur 5 Prozent betragen. Die Löhne sind
im Durchschnitt um 15 Prozent gestiegen. Was sagen
diese Zahlen?

Wenn in einem Lande das Umlaufgeld in einem Jahr
um 26 Prozent vermehrt wird, ohne daß eine gleichzeitige
Steigerung der Warenproduktion in demselben Maße er-
folgt, dann pflegt nicht eine 26-prozentige, sondern eine
viel bedeutendere Preissteigerung (Inflation) einzu-
treten.

Sier ist es nicht geschehen, also hat die Wirtschaft eine
aufsteigende Linie genommen. Die Löhne sind nominell
um 15 Prozent, in Wirklichkeit um 10 Prozent gestiegen.
Eine solche Aufbesserung der Lebensansprüche pflegt an
sich keine Unzufriedenheit hervorzurufen. Der Auf-
schwung der Wirtschaft läßt sich an den einzelnen Zwei-
gen nachweisen, besonders in der Gewinnung der Boden-
schätze, weniger in der landwirtschaftlichen Produktion.
Um aber auch hier klar zu sehen, müssen wir uns folgen-
des vergegenwärtigen. Lenin hob den Großgrundbesitz
entschuldigend auf. Um nicht von neuem Ungleichheit
in dem Besitz entstehen zu lassen, bestimmte er, daß jeder
Bauer die Wirtschaft nur mit den Angehörigen seiner Fa-
milie betreiben und keine fremden Personen in seinem
Betriebe beschäftigen dürfe. Diese Bestimmung mußte er
in den Jahren der Gefahr wieder zurücknehmen. Seit-
dem hat sich rasch ein neuer Großgrundbesitz gebildet.
Auch in Rußland sind die Menschen verschieden nach Begä-
bung und Fleiß und so mußten die Unterschiede wieder
entstehen. Nach seiner anscheinend endgültigen Festigung
ist der Sowjetstaat seit dem Beginne des Jahres 1928 da-
zu übergegangen, die neuen Großgrundbesitzer, die Kulaken,
wie die Pjatiletka sie nennt, wieder zu beseitigen.
Diese Maßnahme war auch die Ursache, die viele Deutsch-
russen veranlaßte, dem Lande den Rücken zu kehren. Die-
ser Kampf gegen die befähigten Bauern hat natürlich
sehr hemmend auf die Produktion in der Landwirtschaft
eingewirkt.

Was gegen den Bolschewismus als Wirtschaftsform
spricht, soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Nur soviel
sei gesagt: Die praktische Durchführung des Kommunis-
mus ist kein Fortschritt in der Geschichte der Menschheit,
sondern eine Rückkehr an ihren Ausgangspunkt. Es be-
steht gar kein Zweifel darüber, daß sich der Bolschewis-
mus, wenn ihm die Weltrevolution wirklich gelingen
sollte, über kurz oder lang als das erweisen würde, was
er ist, als eine große Verirrung, weil er die Natur des
Menschen nicht beachten darf, sondern jeden Menschen
wie eine Nummer behandeln muß. Aber diese Untersu-
chungen können uns hier nicht locken, sondern lediglich
die Frage, welche seelische Einstellung der Bolschewismus
gegenwärtig in der Menschheit vorfindet.

Wer Tolstois Werke gelesen hat, der wird verstehen,
wie es möglich ist, daß sich der russische Bauer mit dem
bolschewistischen System abfinden kann. Zum Verständnis
der russischen Verhältnisse in der Gegenwart scheint mir
das Studium dieses Dichters unbedingt nötig zu sein.
Man lese z. B. „Der Morgen eines Gutsherrn“ aus dem
unvollendeten Roman: „Ein russischer Großgrundbesitzer“,
und man wird zu der Überzeugung kommen, daß die rus-
sischen Bauern sich auch unter dem Bolschewismus wohl-
fühlen können. Man erkennt dann, unter welchen küm-
merlichen Verhältnissen sie unter der Zarenherrschaft ge-
lebt haben. Man kann das Dasein solcher Menschen, wie
sie Tolstoi uns zeichnet, nicht als Leben bezeichnen. Da hat
es das gütliche Vieh noch ein gut Teil besser. Wenn
man diesen Zustand als Ausgangspunkt setzt, dann muß
man selbst dann, wenn man die Berichte über das russi-
sche Massenelend als gegeben annimmt, noch von einem
Fortschritt des russischen Menschen sprechen.

Versetzen wir uns nun, um die gegenwärtige Lage
klar zu sehen, auch noch in den seelischen Zustand des
Proletariats der Kulturländer. Er hat kein Vaterland,
denn er hat keinen Anteil an der vaterländischen Erde.
Er hat kein eigenes Heim, das Bandsystem des moder-
nen Betriebes zerstört ihm den letzten Rest seines Eigen-
lebens. Er kann sich nur noch als Teil der Masse fühlen.
Kann ein solcher Mensch noch den bolschewistischen Staat
fürchten? Er ist ja jetzt schon nicht mehr als eine Schraube,
ein Rad oder ein Nagel im großen Betrieb der Wirt-
schaft. Diese Tatsache sollten wir klar zu erkennen suchen,
damit das Schicksal nicht unerbittlich über uns hinweg-
schreitet, weil wir die Aufgabe nicht verstanden haben,
die uns gegeben war. Wenn der Fünfjahresplan ge-
lingt — ich bezweifle nicht die Möglichkeit, denn in
einem militärisch oder zuchtstrenge aufgezogenen
Gemeinwesen, in dem jeder einzelne durch Unteroffiziere,
bezw. Aufseher zwangsmäßig zur Arbeitsleistung ge-
trieben wird, muß sich die Produktion steigern lassen —
dann werden sich in der Welt nur noch zwei Rivalen
gegenüberfinden: das kapitalistische Amerika und das
bolschewistische Rußland. Westeuropa wird sich dann
entscheiden müssen, auf welche Seite es sich stellen will.

Was auch geschehen mag, der Bolschewismus ist eben-
sowenig eine letzte Erscheinung wie der moderne Kapita-
lismus. Wie will er den Weg finden vom Staatskapita-
lismus zur ausbeutungslosen Wirtschaft, zur wirklichen
Befreiung des Proletariats? An diesem Punkt muß der
Bolschewismus zerbrechen. Wann? Das vermag niemand
zu sagen. Vielleicht erst, wenn ein verheerender Sturm
über die Länder gebraust ist. Eine Bewegung, die schon
20 Millionen Menschen als Opfer gefordert hat, bricht
vermutlich nicht wie ein auslöschendes Strohfeuer in sich
zusammen. Aber die Psyche des Volkes ist nicht mehr
wagbar, und darin mag ein kleiner Trost für uns liegen;
sicher dürfen wir uns nicht darauf berufen, daß die
Schuld des russischen Volkes größer ist als die der west-
europäischen Völker. S. Bagts.

Deutsch-Ostafrikas Stellung als Mandatsgebiet.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung.

Seit Monaten ist der deutsche Kolonialfreund be-
reits beunruhigt durch Englands Pläne, das Mandatsge-
biet (Tanganika (Deutsch-Ostafrika) mit den englischen
Kolonen Kenia und Uganda zu einem einheitlichen Ver-
waltungsgebiet, einem Dominion, zusammenzufassen. Es
soll für die drei Gebiete ein Oberkommissar eingesetzt
werden, dessen Befugnisse denen des Vizekönigs von In-
dien ähneln würden. Verwaltung, Gesetzgebung, Ver-
kehr, Wirtschaft, soziale Fürsorge und Eingeborenenfra-
gen sollen von ihm einheitlich geregelt werden unter
Aufhebung bisheriger Sonderbehandlung einzelner der
drei Gebiete. Das ist ein glatter Verstoß gegen die Man-
datsbestimmungen, die es dem Mandatsinhaber verbie-
ten, die Mandatsländer als eigene Kolonien zu behan-
deln. Der Völkerbund müßte gegen diese Verletzung von
Verträgen protestieren. Er scheint dazu jedoch wenig ge-
neigt, denn er hat auf seiner letzten Tagung von der „ver-
waltungstechnischen Zusammenfassung“ ohne Widerspruch
Kenntnis genommen. Warum aber sollte er hier auch
mehr Sorge beweisen, als es anscheinend von deutscher
Seite aus geschieht? Man kann es verstehen, wenn Erich
Obst in seiner Berichterstattung in der „Zeitschrift für
Geopolitik“ (Heft 10, Seite 749) mit sichtlich bitterer
Bemerkung: „Daß sich unser Außenminister Curtius mit dem
Bericht des Mandatsausschusses einverstanden erklärte,
statt sofort das Wort zu einem geharnischten Protest zu
nehmen, wird dem durchschnittlichen Staatsbürger schlech-
terdings unverständlich bleiben. Aber wer von uns würde
sich anmaßen, sich hinsichtlich politischer Weisheit und
außenpolitischer Energie mit dem hohen Auswärtigen
Amt messen zu wollen.“

In der Tat ist es sehr bedauerlich, daß Deutschland ge-
rade in diesem Jahre nicht zu dem Bericht der Man-
datskommission in Genf Stellung genommen hat. Hier
bot sich eine Gelegenheit, die Welt auf die seit herige Wirt-
schaft Englands hinzuweisen. Dieses hat nunmehr
die Liquidierung des deutschen Grundbesitzes abge-
schlossen; Liquidierung muß Verschleuderung heißen:
480 000 Hektar wurden zu 26 Millionen Mark veramstet.
Nach deutschen, sehr mäßig angesehten Berechnungen
hätte das 6-7fache herauskommen müssen, wobei von
dem bisher eingetretenen Wertzuwachs noch nicht einmal
geredet ist. Es hätten 650 Millionen Mark herausgewir-
tschaftet werden können. Dann wäre das Mandatsverhält-
nis wirklich eine Verwaltung zu treuen Händen gewesen.
Gegen solche Methoden der Verwaltung müßte Protest
erhoben werden, auch wenn man grundsätzlich gegen
Kolonialbesitz eingestellt ist. Hier scheint überhaupt der
Kern der Sache zu liegen. Kolonialfragen werden heu-
zutage viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Not-
wendigkeit und Zweckmäßigkeit von Kolonien für
Deutschland überhaupt behandelt. Diese Einstellung ist
grundsätzlich falsch. Deutschland muß grundsätzlich Stellung neh-
men. Seine ganze Politik muß darauf gerichtet sein,
seinen ehemaligen Kolonien den Charakter des Mandats-
gebietes zu erhalten. Hier können sich alle Deutschen
zusammenfinden. Für die Kolonialfreunde ist das die
Grundlage für die Zurückvergebung der früheren Kolo-
nien oder anderer Mandatsgebiete: für die Kolonial-
gegner müßten die ehemaligen Kolonien des Reiches und
die in ihnen angelegten Werte wichtige Werte bei einer
sicher kommenden Revision der Verträge und der Re-
parationsverpflichtungen sein. Beide Gründe fordern
die größte Aufmerksamkeit für alles, was mit und in
unseren früheren Kolonien geschieht. Ob wir Kolonien
bekommen, ob sie uns ihrem Werte nach irgendwie an-
gerechnet werden, hängt davon ab, was die deutsche
Öffentlichkeit dazu sagt! Heinz Manthe-Düren.

Zur kirchlichen Lage.

Von Pastor Wilm.

II.

Klärungen. (Fortsetzung.)

„Ludendorff hat das deutsch-christliche Ideal aufgegeben, schreibt Marquardt vom Tannenbergs-Bund an einen Oberpfarrer in Halberstadt. „Ja, das hat er, weil es ein solches gar nicht geben kann. Es gibt nur ein deutsches oder ein christliches Ideal. Beides zusammen ist Mauleseltum, erzieht zur Erschlaffung und Unfruchtbarkeit.“ Dies Wort ist sehr wahr, nur ist die Schlussfolgerung, die man vom Standpunkt des Evangeliums aus zu machen hat, gerade umgekehrt wie die des Vertriebers vom Tannenbergs-Bund. Der Tannenbergs-Bund hat sich zu einer eigenen Religionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Im „Deutschvolk“ sollen die aus der Kirche ausgetretenen und austretenden Freunde des Tannenbergs-Bundes gesammelt werden, um so „die Urzelle zu schaffen des Deutschvolkes der Zukunft, das Einheit von Blut und Glauben leben wird.“ Es ist sehr schmerzhaft, in dem genannten Brief zu erkennen, wie überaus verkehrt die Vorstellung des Tannenbergs-Bundes-Vertriebers vom Christentum ist. Nach ihm haben die Christen „einen Gott, der wie ein Staatsanwalt außerhalb dieser Welt strafend und lohnend seine Gläubigen in Acht hält. Zwischen diesem Gott Jehova und seinen Gläubigen stehen nun die Priester (mit denen auch die Pastoren gemeint sind) als raffinierte Mittler, die je nach Eignung und Veranlagung Himmel und Hölle verheissen, sich annehmen, Sünden zu vergeben und Absolution zu erteilen.“ In einem Atem werden dann die Bergpredigt, die marxistische Lehre und das kommunistische Manifest als Ursache des Elendes und Jammers der Völker genannt. Die Unwissenheit über das, was Evangelium wirklich ist, ist auch bei den Gebildeten erschreckend groß. Darum darf man auch für die noch hoffen, auch wenn sie aus der Kirche austreten. Ihr Protest gegen die Kirche ist noch nicht Protest gegen das Evangelium, denn dies kennen sie einfach nicht. Vielleicht, wenn es sich zeigt, daß die mit so glühendem Eifer geschaffene Urzelle des Deutschvolkes der Zukunft das Schicksal so mancher ideal gedachten Gründung teilt, wird auch der Boden für die Lebenskräfte des Evangeliums bereit sein. Solche Bewegungen dienen zur Klärung und sind darum eher zu begrüßen, als die elenden Vermischungsversuche zwischen dem Christentum und irgendeiner anderen Bewegung, deren Segel gerade von dem Wind des Zeitgeistes gebläht sind. Ja, es ist richtig, bei solchen Vermischungen kommt es zum unfruchtbaren Mauleseltum. „Säkularisierung der Religion im Abendlande, (schreibt O. Eberhard im „Evangelischen Deutschland“) in der neuen Welt, in den fernen östlichen Ländern, Religion in das völkische verlagert, Religion als Dienst an der Menschheit gewertet, Religion, ein Menschenbildungsfaktor neben anderen, Religion in den Dienst der Schule, als eines der Mittel der Geistesformung eingestellt, Religion ein Antrieb zur Fleißarbeit und zu anständiger Lebenshaltung, gibt es denn keine andere Betrachtungsweise der Religion? Keine Wirklichwerdung ihrer zentralen Kräfte? Keine Herrschaft Gottes über den Menschen, der nichts als Mensch ist und dennoch sich zum Maß aller Dinge aufbläht?“ Fürchtbar sind die Folgen dieser Vermischungen, da im Grunde Gott als Mittel zum Zweck entwürdigt wird. Ganz von selbst wird das Surrogat (die Vermischung) die Hauptsache und die Religion oder vielmehr Gott zu einem Nichts. Man versuche es doch einmal, die völkische Bewegung so

in das Innere des Heiligtums hineinzulassen, daß die Kirche sich zum Vertreter dieser Bewegung macht. Die Begeisterung wird sehr kurz sein. Solche Fragen, was soll am höchsten gelten, die Ehre Christi oder die Ehre des Vaterlandes, das Vertrauen auf die eigene Kraft oder das Glauben auf Gott? werden den Pastor, der die Bewegung vertreten will, sogleich bedrängen und unversehens wird aus dem Verkündiger des Evangeliums ein patriotischer Redner. Die Hoffnung auf das Kommen der Herrschaft Gottes wird verdrängt durch die Erwartung auf eine neue Erhebung des Vaterlandes. Dabei bleibt das eine gewiß, daß derjenige, dem Christus die Haupt Sache ist, sich von keinem in seiner Vaterlandsliebe übertreffen zu lassen braucht. Ja, erst so kann es überhaupt nur zu einer wahrhaften, reinen Vaterlandsliebe kommen, denn nichts Größeres, Herrlicheres kann ich für mein Vaterland hoffen, als daß es sich von Christus aus allem Schmutz und allem Hader retten läßt und all die herrlichen von Gott gegebenen Kräfte des deutschen Wesens diesem Herrn und König jubelnd zur Verfügung stellt. Die Gefahr einer Vermischung und darum Verkürzung des Evangeliums liegt auch bei der anderen Bewegung vor, die ebenso, ja fast noch tiefer die Gemüter bewegt als die Vaterlandsliebe, nämlich bei der sozialen Bewegung. Gewiß, „den Armen wird das Evangelium gepredigt“ und es ist lange Zeit nicht deutlich genug zutage getreten, daß die Kirche als Verkündigerin des Evangeliums unbedingt auf der Seite der Enterbten zu stehen hat. Eine große Wandlung hat sich hier vollzogen. Der religiöse Sozialismus wird heute oft in überraschender Weise von Führern der Kirche anerkannt. Man kann ja ohne weiteres den Sätzen des Bundes der religiösen Sozialisten auf der Stuttgarter Tagung zustimmen, welche lauten: „Soziale Geseßgebung ist sittliche Forderung für jeden entschiedenen Christen. Es sollte selbstverständliche Aufgabe christlicher Nächstenliebe sein, durch den Ausbau der sozialen Geseßgebung die Not der Witwen und Waisen, der Alten und Invaliden, der aus dem wirtschaftlichen Prozeß ausgeschalteten Jugendlichen, der Arbeitslosen und der unter dem Wohnungselend Leidenden zu lindern, die sich aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig ergibt.“ Zu bedauern ist nur, daß beim Kirchentag in Nürnberg der Vertreter der religiösen Sozialen ihre Sache mit solcher Leidenschaft vorbrachte, daß die Wirkung seiner Rede verloren ging. Hier ist doch eben auch die Frage zur Klärung zu stellen, soll Christus im Dienst des Sozialismus oder der Sozialisten im Dienst Christi stehen? Wird, wie dies von einigen Vertretern des religiösen Sozialismus verlangt wird, die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zur Bedingung gemacht, so ist klar, daß hier eine gefährliche Verschiebung stattgefunden hat und man muß wohl dem Kirchenpräsidenten D. Wurm, Stuttgart, Recht geben, der in einer Synodalrede sagt, „hat man dazu die Formel Thron und Altar aufgegeben, um die Formel Partei und Kanzel zu schaffen? Gewiß kann ein Sozialdemokrat Christ und Pfarrer sein, aber die Lösung der religiösen Sozialisten kommt darauf hinaus, daß ein Christ und Pfarrer Sozialist sein muß, wenn er es anders ernst meint mit der Bruderliebe. Und das müssen alle ablehnen, die auf Grund ihrer verstandesmäßigen Ueberlegung und ihrer Gewissensprüfung nicht zu derselben politischen Entscheidung kommen können, da keine politische Parteilichung aus dem christlichen Glaubensprinzip abgeleitet werden kann.“ Bemerkenswert bleibt bei dieser Aeußerung, daß gegenwärtig die schwäbische Landeskirche, die einen Christoph Blumhardt als Pfarrer ausschloß, als er Sozialdemokrat wurde, heute in ihrem Vertreter erklärt, daß ein Sozialdemokrat Christ und Pfarrer sein kann.

Vierzigjähriges Jubiläum des Kandidatenkonvikts in Bethel.

(Am 4. November 1930.)

Keine Sorge, wir werden keine Jubiläumsfeier mit Festessen und dergleichen veranstalten. Wir wollen es nur mit Dank gegen Gott an dem Tage, an welchem vor nunmehr 40 Jahren das Kandidatenkonvikt in Bethel gegründet worden ist, sagen, daß wir noch da sind.

Das „evangelische Deutschland“ hat vor einiger Zeit seine Spalten einem längeren Austausch über die lebenswichtige Frage der Vorbereitung der jungen Theologen geöffnet.

Das beste Wort über die Wichtigkeit dieser Frage ist wohl in einer dort zitierten Verordnung Heinrichs II. K. a. L., aus dem Jahre 1720, „Beschaffenheit, Amt und Pflicht der Prediger“ gesagt worden. Es heißt da: „Was der Prediger und Lehrer Beschaffenheit anlangt, so ist eine Ursache des schlechten Christentums, daß viele nur die Theologie im Gehirn suchen zu fassen und meinen, wenn sie auf Universitäten gewesen, sei es genug und brauchte man die *Donna sanctificatoria* (Geschenke Gottes innerlicher Art) nicht einmal zu haben, wenn man Prediger sein wolle. . . Also flieht von selbst daraus, wie schwere Verantwortung man auf sich lade, wenn man diese Art Leute zu Seelenhirten bestellt und nicht nach Möglichkeit sich bemühet, solche Prediger und Lehrer zu vocieren, die man genugsam nach der Gnade, die Gott gibt, geprieset, und von denen man genugsame Kennzeichen hat, daß sie nicht im Stand der Sicherheit und Gesundheit — *statu securitatis* — . . . noch in *statu legis* — sondern in *statu gratiae* et evangelii — seien, d. h., daß sie in wahrer Aenderung ihres Herzens mit lebendigem Glauben Christum ergriffen, denselben in sich wohnend haben und ihm als ihrem Meister getreulich nachfolgen.“

Dann werden im E. D. eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Da wird z. B. gewünscht, daß es Abitulantenseelsorger gebe, die schon vor Eintritt des Studiums den Betreffenden beraten und evtl. entscheiden sollten, ob er sich später zum Pastor eigne. Oder

es wird die Einrichtung von „Gymnasien der Frömmigkeit“ vorgeschlagen, in denen das ganze Leben der Schüler unter einem seelsorgerlichen, erziehenden Einfluß stehen soll, oder man wünscht Konvikte für Studenten, die seelsorgerlichen Charakter an sich tragen.

Alle Vorschläge aber, welche darauf auslaufen, irgend etwas machen zu wollen, geben von vornherein zu großen Bedenken Anlaß; denn ein unverbrüchliches Gesetz des inneren Lebens ist dies, daß es sich nicht erzwingen läßt, sondern vollster Freiheit zu seiner Entwicklung bedarf.

Auf der Grundlage der Freiheit hat Vater Bodelschwingh das Kandidatenkonvikt gegründet. Wenn er auch den Dienst mit der „blauen Schürze“ an den Kranken und Elenden zur Bedingung der Aufnahme machte, so war es ihm doch ein starkes Anliegen, daß man sich freiwillig zu diesem Dienst entschloß. Und dann traute er dieser schlichten Uebung der praktischen Liebestätigkeit, dem Aufenthalt in der glaubenden, liebenden und hoffenden Gemeinde der Elenden zu, daß ganz von selber Reime des inneren Lebens in den zukünftigen Dienern des Wortes entstehen oder wachsen könnten, ohne daß wir nun mit scharfen, neugierigen Augen die Entwicklung dieser Reime beobachten oder mit grober Sand sie gar zerstören müßten. Ueber 600 Mitglieder hat das Konvikt in den vergangenen 40 Jahren beherbergt. Ein Zeichen davon, daß das, was hier geschah, in der Freiheit sich entwickelte, sind die vielen Zeugnisse, die oft erst lange nach dem Aufenthalt im Konvikt von seinen Mitgliedern zu uns kamen, die es erst oft im Amtsleben inne wurden, welche Bedeutung der Aufenthalt in Bethel für sie gehabt hat.

Durch die Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrates wird ja nun den Kandidaten aus der evangelischen Landeskirche altpreussischer Union der Aufenthalt in Bethel als Vikariatszeit angerechnet. Sie werden den einzelnen Pastoren zugewiesen, dürfen aber, wie bisher, auch im Konvikt gemeinsam zusammenkommen. In der Anleitung der Vikare in Bethel heißt es u. a.: Der in Bethel übliche praktische Dienst des Kandidaten an den Kranken bietet eine ungemein wertvolle Handhabe zur

III.
Wir überlassen es jedem Leser, mit eigenem Verständnis bei sich selbst und seiner Umgebung darauf zu achten, wie sich die Vermischung von Evangelium und säkularistischen (zeitlich irdischen) Interessen zeigt. Läßt man sich die Klärung gefallen, die oft freilich wie eine Läuterung im Feuer spürbar ist, so wird man jedesmal merken, daß einem die Augen neu aufgehen für die unsagbare Wirklichkeit und Herrlichkeit des Evangeliums. Immer deutlicher werden ja die Klärungen zur

Scheidung und Entscheidung

führen, wie sie besonders in Rußland zutage tritt. „Das, was in Rußland und mit Rußland heute geschieht“, sagt der rel. soziale Führer Nagaz in den „Neuen Wegen“, „uns allen zur Lehre, ist größer, tiefer, als heute ein Mensch auszusagen, als heute ein Mensch ausdenken kann.“ Die Menschen unserer Zeit sind ja so gewohnt, immerfort Neues und Schreckliches tagtäglich in ihrer Zeitung zu lesen, daß die Berichte, die sich von drüben her immerfort wiederholen über religiöse Verfolgungen, Hinrichtungen von Priestern oder Pfarrern, Verbannungen usw. allmählich nicht mehr den erschütternden Eindruck machen, wie dies in der Anfangszeit der Verfolgungen der Fall war. Wohl gibt es immer wieder Kundgebungen auf größeren und kleineren Kirchenkonferenzen, der Verfolgten in Rußland für Bitten zu gedenken und ganz gewiß werden viele treue Christen diese Mahnung befolgen und ihre Fürbitte wird in einer Weise, die für uns geheimnisvoll bleibt, auch zur Stärkung der Bedrängten drüben dienen. Aber die Frage ist doch die, ob wir überhaupt den gewaltigen Ernst dessen, worum es drüben geht, schon gesehen haben. Ich weiß kein Wort, das den ungeheuren Ernst der Lage in Rußland und damit auch für uns so deutlich zeichnet, wie das Wort von Nagaz in den „Neuen Wegen“: „Habt ihr denn keine Augen, um zu sehen und keine Ohren, um zu hören, was dieser Schrei der Gottlosigkeit aus der Seele des glaubensfähigen, gottesdürstigen, dem Unbedingten am meisten Verhafteten der Völker des Abendlandes bedeutet? Diese russische Gottlosigkeit in ihrer titanischen Leidenschaft — ist sie nicht ungeschlagener Gotteskrieger, ist sie nicht ein Zeugnis für den Durst der Menschenseele nach dem lebendigen Gott? Ist dieser russische Kommunismus nicht ein Versuch, das Reich Gottes mit Gewalt auf die Erde herunterzureißen? Dieser kollektive Mensch, ist er nicht doch das Zerrbild einer Wahrheit, des brüderlichen Menschen und zugleich das gespensterhafte Gegenbild eures gottlosen Individualismus und Atomismus? Leuchtet aus dem Irrtum dieser „Kollektiven“ nicht doch auch etwas von der Wahrheit einer wirklichen Brüdergemeinde Christi. Ihr habt ihnen nicht im Namen Gottes das Reich Gottes verkündigt, nun verkündigen es die andern gegen Gott. Ihr habt ihnen nicht Christus gebracht, nun huldigen sie dem Antichrist!“

Das, was in Rußland geschieht, ist ein Gottesgericht über unser Christentum, ein Gottesgericht, so wie es einst der Islam war und vielleicht noch furchtbarer und noch bedeutsamer. Es ist ein Gericht über unsere Gottlosigkeit, ist ein Gericht über die Religion, vollzogen von Gott.

Der russische Babelturm wird zusammenstürzen. Aber es wird vorher und nachher noch Schwereres zu sehen sein. Das Geschlecht, das in Rußland heranwächst — der kollektive, der rationalisierte, der gottlose Mensch, es wird seine Zeit bekommen, und das wird eine böse Zeit sein. Das Geschlecht, das ihm ähnlich im Westen ersticht, wird auch seine Zeit haben, und es wird keine bessere Zeit sein. Alles muß seine Folgen zeitigen. Und doch: es ist auch Verheißung dabei. Es tut ja der Religion gut,

Pflege des inneren Lebens und zur lebendigen Erfassung der kirchlichen Aufgaben. Der Vikar ist von vornherein darauf hinzuwirken, daß es bei dem Dienst der Krankenpflege nicht auf die Aneignung äußerer Fähigkeiten ankommt, vielmehr soll dieser Dienst

a) nach Seiten des inneren Lebens dem Vikar dazu helfen, die Herrlichkeit des Dienstes Christi an der sündigen Menschheit nach Matth. 20, 28 durch das eigene Dienen tiefer zu erfassen.

b) nach Seiten der lebendigen Erfassung der kirchlichen Aufgaben hat er durch den praktischen Dienst zu lernen, daß als die Grundlage der inneren Auffassung des Amtes zu gelten hat, daß dieses Amt „*Diakonia*“, d. h. Dienst, ist.

c) Es ist dem Kandidaten zu zeigen, daß sich ihm innerhalb der Aufgaben der Krankenpflege auch Aufgaben der Seelsorge darbieten. Da die Seelsorge an den Kranken ein wesentlicher Bestandteil der Aufgaben seines späteren Pfarramtes ist, wird immer wieder darauf aufmerksam zu machen sein, wie er gerade hier die eigentlichen Aufgaben der Krankenpflege kennenlernen kann.

Ebenso ist darauf zu achten, daß der Kandidat an den exegetischen Uebungen (Alten und Neuen Testaments) und den Uebungen praktischer-theologischer Art im Konvikt sich rege beteiligt. Zur Einführung in die Jugendarbeit ist ihm durch Teilnahme an den beiden hiesigen Junglingsvereinen und durch Vorträge in denselben Gelegenheit zu geben.

Ebenso ist ihm durch Teilnahme an den Bibelstunden, die hin und her in den Bauernhäusern gehalten werden, durch Besuch von Festen und Gottesdiensten besonders reger kirchlicher Gemeinden des Landes das Ziel zu zeigen, welches treue und durch den Geist Gottes belebte Arbeit des Pfarrers erreichen kann.

In diesem Sinn und Geist wird die Anleitung der Vikare in Bethel im Zusammenhang mit der Konviktsarbeit durchgeführt. Wir hoffen, daß das Konvikt noch vielen künftigen Dienern des Wortes den Dienst leisten wird, die herrlichen Aufgaben ihres zukünftigen Amtes mit innerster Freude ausüben.

wenn Gott häufig wieder losigkeit offen lichteit werde Tage zeugt v Frage nach C Weisung i Eine unge Verheißung eine ungeheuland geschiehschieht, nur d gewaltig ver Mit dem lichen Protest tritt, daß de schieht, auch u n s und i n daß sowohl r ösen Seite d muß, welch Welt zu fass mus seinen e Sah für rich ein umgesch für alle, so n treffen — da nur die Für Herz gelegt die Fein Raube ha was würde e der antichrist fielen!

Reichs Reichstanzle der Entsch weiterung

Reichst Rede vor gen über d ssetzung d traulichen R jezt seiner sei das bed ding gestell „Die S anierung schaft ject fort — fch Außenpolitie r Art für polit. Br ausländische rung ject d der richtige des in Ruß programm der deutsche Wir n schaft zurück das Notpro Brisi Geseß unsere Wir Anspannung schluß an winnen.“

Der P Maßnahmen Sentung de Politik bez fremen soll das gegenw mitteln geg Nachbe Wohnungsplanungsma vatwirts Unbedi samkeit a erhöhungen deden. Au das Höchlin Die A folgen, wei Wir haben aber wir n dieses Opfer wird.

Wir n innerhalb d keze zur W eine außer notwendig i mößbare i Wirtschaft, sentung u lösafekt.

Hinrich leit lehnt i erforderlich bit. Das e in kürzester kommt. D geschichtlich wenig, au Kunst des d Als z

Die Be entlaste den G ehal War ein, n War erpar weisungen solle eine

die einzeln Die Be entlaste den G ehal War ein, n War erpar weisungen solle eine

wenn Gott sie richtet. Der verfolgte Christus ist vorläufig wieder der wahre Christus. Es muß sich die Gottlosigkeit offenbaren, damit Gott wieder gewaltige Wirklichkeit werden könne. Der wachsende Gotteshaß unserer Tage zeugt von dem steigenden Ernst und Realismus der Frage nach Gott. Und der Antichrist geht nach der alten Weissagung dem Christ voraus.

Eine ungeheure Mahnung, aber auch eine ungeheure Verheißung — eine ungeheure Verheißung, aber auch eine ungeheure Mahnung: das ist das, was jetzt in Rußland geschieht und eigentlich in der Welt überhaupt geschieht, nur durch Rußland besonders scharf beleuchtet und gewaltig verkörpert wird.

Mit dem allen ist gesagt, was in den mancherlei kirchlichen Protestkundgebungen lange nicht genügend hervortritt, daß der Schauer über das, was in Rußland geschieht, auch ein Schauer über das Antichristentum um uns und in uns selber sein muß. Es ist ja ganz klar, daß sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der religiösen Seite der Bolschewismus eine Propaganda treiben muß, welche darauf aus ist, ganz Europa, ja die ganze Welt zu fassen. Ohne dieses Ziel müßte der Bolschewismus seinen eigenen Tod erklären. Hält man ferner den Satz für richtig, daß die ausgesprochene Gottesfeindschaft ein umgekehrter Gottesbegriff ist — und wenn nicht für alle, so wird doch für sehr viele Fälle dieser Satz zutreffen — dann ergibt sich daraus die Folgerung, daß nicht nur die Fürbitte für die Opfer der Verfolgung uns aufs Herz gelegt werden muß, sondern auch die Fürbitte für die Feinde. „Er soll die Starken zum Raube haben“, das ist eine gewisse Verheißung und was würde es bedeuten, wenn einer oder mehrere Führer der antichristlichen Bewegung dem Stärksten zum Raube fielen! (Schluß folgt.)

Reichsrat erhält 14 Tage Frist.

Reichskanzler Dr. Brüning verlangt Beschleunigung der Entscheidung. — Das Ziel der Regierung: Erweiterung der außenpolitischen Aktionsfähigkeit.

— Berlin, 5. November.

Reichskanzler Dr. Brüning bezeichnete in seiner Rede vor dem Reichsrat die Reichsratsverhandlungen über das Sanierungsprogramm als eine Fortsetzung der mit den deutschen Ländern geführten vertraulichen Besprechungen. Das Gesetzgebungsorgan, das jetzt seiner Verabschiedung durch den Reichsrat harre, sei das bedeutendste, was seit Jahren zur Entscheidung gestellt worden sei.

„Die Maßnahmen, die die Reichsregierung zur Sanierung der Finanzen und Sicherung der Wirtschaft jetzt vorschlägt — so fuhr Dr. Brüning dann fort — stehen insbesondere in enger Beziehung zur Außenpolitik und bilden eine Voraussetzung erster Art für das weitestgehende Ziel der deutschen Außenpolitik. Brauche uns der Youngplan die Freiheit von ausländischer Kontrolle, dann muß die Reichsregierung jetzt dafür Sorge tragen, daß von dieser Freiheit der richtige Gebrauch gemacht wird. Das große Ziel des in Aussicht genommenen Wirtschafts- und Finanzprogramms ist die Erweiterung der Aktionsfähigkeit der deutschen Außenpolitik.“

Wir müssen das Vertrauen zu unserer Wirtschaft zurückgewinnen; die Wirtschaft erwartet, daß das Sanierungsprogramm der Reichsregierung in kürzester Frist Gesetz wird. Der Zug der Mäßigkeit, der durch unsere Wirtschaft geht, muß befestigt werden, und bei Anspannung aller Kräfte wird es gelingen, den Anschluß an die weltwirtschaftliche Umstellung zu gewinnen.“

Der Reichskanzler äußerte sich dann über die Maßnahmen zur Senkung der Preise, wobei er die Senkung der Reallohnern als den Schlüssel dieser Politik bezeichnete. Mit der Ermäßigung der Reallohnern solle auch das Argument beseitigt werden, das gegenwärtig im Kleinhandel und bei den Lebensmitteln gegen die Preislenkung angeführt werde.

Nachdem der Kanzler dann noch als Ziel der Wohnungspolitik die Ueberleitung des Wohnungsmarktes von der staatlichen in die Privatwirtschaft hingestellt hatte, fuhr er fort:

Unbedingt notwendig ist rücksichtslose Sparbarkeit auf allen Gebieten, denn mit neuen Steuererhöhungen können wir den Finanzbedarf nicht mehr decken. Auch in der Tabakbesteuerung haben wir jetzt das Schlimmste erreicht.

Die Kürzung der Beamtengehälter mußte erfolgen, weil ein anderer Weg nicht vorhanden ist. Wir haben das gewiß nicht leichtsinnig getan, aber wir meinen, daß die Beamtenschaft sich durch dieses Opfer am stärksten in das Volksganze einfügen wird.

Wir müssen an den Reichsrat die Bitte richten, innerhalb vierzehn Tagen die Gesamtheit dieser Gesetze zur Verabschiedung zu bringen. Das ist gewiß eine außerordentlich schwierige Arbeit, aber sie ist notwendig zur Wiederherstellung der öffentlichen Aufmerksamkeit in Deutschland und zur Ueberwindung der Wirtschaft, die die Voraussetzung ist für eine Preislenkung und für eine Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Hinsichtlich der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit lehnt die Reichsregierung Einzelmaßnahmen ab, erforderlich ist die Beschaffung von Kapital und Kredit. Das aber wird nur möglich sein, wenn vorher in kürzester Frist dieses Gesetzgebungsorgan zustande kommt. Der Reichsrat befindet sich in einer großen geschäftlichen Stunde. Schnelles Handeln ist notwendig, auch hängt davon ein großes Stück der Zukunft des deutschen Volkes ab.

Als zweiter Redner erläuterte

Reichsfinanzminister Dietrich

die einzelnen Gesetzesentwürfe. Die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung entlaste den neuen Etat um 267 Millionen Mark. Durch die Gehaltskürzung spare das Reich 124 Millionen Mark ein, während Länder und Gemeinden 270 Millionen Mark ersparen. 100 Millionen Mark sollten an den Ueberweisungen gekürzt werden. Das Ausgabenentsetzungsgebot solle eine Erhöhung der Ausgaben für die nächsten drei

Jahre ausschließen. Die Vereinfachung des Steuerrechts bestehe in der Befreiung der Vermögen bis zu 20 000 M. von der Vermögenssteuer und der Umfänge bis zu 6000 Mark von der Umsatzsteuer.

Die Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Besteuerung

würden am besten dadurch beseitigt, daß bei Vermögen bis zu 20 000 Mark nur die Grundsteuer erhoben werde. Damit würden 95 Prozent der Landwirtschaft steuerlich entlastet. Bei der Neuordnung der Wohnungswirtschaft handele es sich u. a. um die Angleichung der Landwirtschaft an das tatsächliche Bedürfnis und die Zahlungsfähigkeit und den Abbau der Wohnungsnot. 1928 und 1929 seien je 8 Milliarden verbaut worden. Das könne ein kapitalarmes Land nicht aushalten. Ein besonderer Vorteil der vorgesehenen Maßnahmen sei es, daß durch die Umstellung eine Senkung der Reallohnern erfolgen würde.

Der Minister besprach dann die Kassenlage und teilte dabei mit, am 1. April sei eine schwebende — also ungedeckte — Schuld von 1 670 Millionen Mark vorhanden gewesen. Menschlischer Voraussicht nach wird die schwebende Schuld am Ende des Etatsjahres ungefähr wieder die gleiche sein, wie zu Beginn. Das sei bedauerlich, andererseits dürfe man aber nicht vergessen, daß Deutschland in einem Katastrophenjahr, das den Etat um zwei Milliarden Mark umgeflürzt habe, sich noch weit tiefer in kurzfristige Kredite und Schulden hätte verstricken können. Jetzt gelte es, Vertrauen zurückzugewinnen, dadurch werde die Kapitalflucht aufhören, der man durch geschickte Maßnahmen nicht beikommen könne.

Als letzter Redner äußerte sich

Reichsarbeitsminister Stegerwald

in der öffentlichen Sitzung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Fragen der Lohnpolitik. „Wir rechnen damit“, so führte er aus, „daß im nächsten Jahre 900 000 Menschen unter die Arbeitslosenliste fallen und daß die Wohlfahrtsunterstützung am 1. April 1931 etwa 800 000 Erwerbslosen zugute kommen wird.“

Wenn die Sanierungspolitik der Reichsregierung überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß im nächsten Jahre mit einer Verminderung der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Wird der Beitragsatz von sechshalb Prozent beibehalten, dann müßten wir im nächsten Jahre mit den Mitteln sicher ausreichen. Führt die Sanierung nicht zum Erfolg, dann können wir in der Wohnungspolitik weder mit der alten, noch mit der neuen Politik etwas erreichen.

Es kommt darauf an, größere Privatmittel dem Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Das muß möglich sein, wenn die Wirtschaft angekurbelt wird und das Kapital aus dem Auslande wieder hereinfließt. Ueber

die Lohnpolitik

besteht große Verwirrung. Ganz zu Unrecht wird der Regierung vorgeworfen, daß sie Lohnsenkungs- politik treibe. Dabei wird vergessen, daß in anderen Ländern, wo der Staat sich gar nicht um die Löhne kümmert, auch eine starke Lohnsenkung eingetreten ist im freien Spiel der Kräfte. Wenn die Reichsregierung ihre Maßnahmen zur Stabilisierung der Löhne einlegen wollte, so stände sie vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Ueberlassen wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Kräfte, so könnten Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge von Streiks und Aussperrungen eintreten und dadurch das Sanierungsprogramm ernstlich gefährdet werden.

Für die deutsche Reichsregierung bleibt daher nur der dritte Weg der Lohnpolitik o. f. n., nämlich mäßigend und regulierend einzugreifen.

Unser Export Hungerausfuhr.

Mitgliederversammlung des Langnamvereins. — Ordnung der inneren Verhältnisse und Revision des Youngplans!

— Düsseldorf, 5. November.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen und die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veranstalteten eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der sich etwa 1500 Teilnehmer eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Dr. Ing. Fritz Springorum, wies auf die großen Aufgaben hin, die die jetzige Notzeit verlangte. Der deutsche Ausfuhrüberschuß sei in Wirklichkeit ein Anzeichen der Hungerausfuhr eines schwer um seine Existenz kämpfenden Landes. Die Wirtschaft befände sich in einer harten Selbstkostenkrisis und ihre Löhne nur durch eine Herabsetzung dieser Selbstkosten gehalten werden. Wenn der Staat den Mut zur Umkehr in der Lohnpolitik habe, dann werden brachliegende Arbeitskräfte wieder in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet werden können. Das Regierungsprogramm zeige gewisse Ansätze, die das Unternehmertum unterstützen müßte.

Alle müßten sich darüber klar sein, daß vor allem im Innern Ordnung geschaffen werden müsse, wenn wir jene schwerwiegende Frage demnachst aufzurollen hätten, die seit dem Versailler Diktat als Reparationsproblem die politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen wechselnd beeinflusst und für das deutsche Volk als Zwang zur Leistung von Kriegskontributen eine so verhängnisvolle Rolle gespielt habe und leider noch spiele.

Georg Müller-Gerlinghausen forderte im Interesse der Rettung aus Staats- und Wirtschaftsnöten u. a. eine Liquidierung der politischen Schulden und glaubte, daß bei richtiger Ansetzung aller Kräfte ein 20prozentiger Lohn- und Gehaltsabbau ohne Schädigung der Kaufkraft durchgeführt werden könne.

Direktor Dr. Reich von der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stellte an die Spitze seiner Ausführungen das Bekenntnis zu unerschütterlichem Glauben an die Entwicklung und die Zukunft Deutschlands. Der Weltmarkt zeige im ersten Halbjahr einen Rückgang um 17 Milliarden Mark. Das Preisniveau des Güterausverkehrs werde 1931 wesentlich niedriger sein. Deshalb müsse die Deckung der Selbstkosten, wie sie durch Löhne, Gehälter, Steuern und Zinsen gegeben seien, der der Preise voraufgehen.

Anknüpfend an die Ausführungen Reichs bezeich-

lich, aber notwendig. Löhne und Gehälter müßten wie früher dem Ertrag der Wirtschaft angepaßt sein. Zu diesem Zweck forderte Redner in der Lohnpolitik die Befreiung der Wirtschaft von jedem äußeren Zwang.

Alarmmeldungen von der Oder.

Die Dämme bei Neuzals teilweise eingesunken. — Man erwartet den Wasserstand von 1903.

Die Hochwassergefahr für das Gebiet um Neuzals ist erschreckend groß geworden. Bereits Dienstag betrug der Wasserstand 5,21 Meter. Die Dämme bei Auffer und Modrich sind teilweise eingesunken. Die Oderbrücke ist mit schweren Steinen beschwert worden, damit sie nicht weggerissen wird. Das Wasser reicht bis an die Brücke heran. Nach Kusthalt wurden 50 Mann Feuerwehr und Hilfsarbeiter entsandt, da der Damm zu brechen anfangt. Das Wasser steigt weiter. Man erwartet den Wasserstand von 1903 mit über 5,50 Metern.

Die vom Reichsverkehrsminister in das Heber-schwemmungsgebiet entsandte Kommission erstattete einen Bericht, in dem es u. a. heißt: „Das zur Zeit die Oder herabstürmende Hochwasser wird unterhalb von Frankfurt das große Hochwasser von 1903 noch übersteigen. Die Sicherungsarbeiten am Koppen-Schönbauer Kanalbeid haben mit Unterstützung der Technischen Hochschule zu dem Erfolge geführt, daß dort die Niederung vor dem Hochwasser bewahrt wurde. Der Wellenscheitel wird in den nächsten Tagen die untere Ebniederung durchfließen und dann werden die 1904 ausgeführten umfangreichen Regulierungs-bauten ihre erste große Probe zu bestehen haben.“

90 000 Mark für Dammreparaturen.

Das preussische Staatsministerium bewilligte 90 000 Mark für sofortige Dammreparaturen an gefährdeten Stellen. Durch vorbeugende Maßnahmen sollen für die nächste Zukunft weitere Schäden nach Möglichkeit vermieden werden. Die bewilligten 90 000 M. wurden umgehend an die schlesischen Oberpräsidenten weitergeleitet. Es und in welchem Umfang Notstandsaktionen eingeleitet werden müssen, soll entschieden werden, wenn die genauen Berichte der Provinzialbehörden vorliegen.

Der Unsturm gegen Severing.

Landtags-Debatte über die Mißtrauensanträge. — Ausscheidung der Weiterberatung des Landwirtschaftskammer-gesetzes. — Hochwasseranträge dem Ausschuss überwiesen.

— Berlin, den 4. November 1930.

Nach kurzer Pause nahm der Preussische Landtag am Dienstag seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Mißtrauensanträge gegen den preussischen Innenminister Severing.

Nach vor dieser Debatte hatte der Landtag ohne Aussprache sämtliche Anträge zu der Hochwasserkatastrophe in Schlesien und Brandenburg dem Hauptausschuß zur Vorbereitung überwiesen. Staatssekretär Dr. Weismann erklärte namens der Staatsregierung, für die erste Hilfe seien staatlicherseits Geldmittel zur Verfügung gestellt worden.

Der Reichsrat, der noch vor dem Plenum eine Tagung abgehalten hatte, hatte einem Antrag zugestimmt, nach dem die Weiterberatung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes bis auf weiteres ausgesetzt wird.

Die Debatte über die Mißtrauensanträge gegen Severing eröffnete Abg. Dr. v. Winterfeld (DntL), der den Antrag seiner Partei begründete und nochmals für die Auflösung des Landtags eintrat. Severing sei ein Vertreter des Systems, das mit staatlichen Mitteln für die Sozialdemokratische Partei arbeite. Die Deutschnationalen müßten daher die Entfernung Severings aus dem preussischen Innenministerium fordern.

Abg. Kasper (Komm.) erklärte nach der Begründung des kommunistischen Mißtrauensantrages, das Proletariat sei für den Entscheidungskampf gerüstet.

In der allgemeinen Aussprache folgte Abg. Bachem (DntL) aus der Beratung Severings, daß die Sozialdemokratie ihre Machtstellung in Preußen als gefährdet ansehe. Bezeichnend sei die Bemerkung des „Vorwärts“, wonach die heutige Zeit mehr einen Polizei- als einen Verwaltungsminister erfordere. Das Volk sei im weitestgehenden Maße beunruhigt. Mit den Mitteln der Gewalt könne man ein Volk nicht in Ruhe erhalten.

Abg. Stenzel (D. Vp.) beschränkte sich auf die Erklärung, die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei sei bekannt.

Abg. Venscheid (Komm.) unterstrich die Ausführungen seines Parteifreundes Kasper.

Abg. Bader (Vp.) forderte eine Revision der Verfassung zwecks Einsetzung eines besonderen Organs für die Beratung von Ministern. Severing solle jenseits des „Drachen des Nationalismus“ belagert werden. Hoffentlich werde aber der deutsche Nationalismus den wirklichen Drachen, nämlich den Drachen der deutschen Zwietracht vernichten.

Abg. Radendorff (Wsp.) betonte, es handele sich hier nicht um die Person des Ministers Severing als Mensch, sondern um das System. Seine Partei werde den Mißtrauensanträgen zustimmen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) erklärte, wenn man Grzesinski wieder zum Polizeipräsidenten von Berlin machen wolle, solle die Regierung erst einmal erklären, ob die Vorwürfe des Senatspräsidenten Grünher gegen Grzesinski berechtigt gewesen seien oder nicht. Severing sei die letzte Hoffnung der Sozialdemokraten. Das „von Plonien und anderen merkwürdigen Erscheinungen durchsetzte preussische Innenministerium“ habe den Mut, nationale sozialistische Beamte ohne Tadel aus dem Dienst zu entfernen. Im übrigen läme es auch Severings Absichten gegenüber darauf an, ob das Volk stillhalten werde.

Während der Rede Kubes kam es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten.

Zum Schluß der Sitzung stimmten noch die Abgeordneten Vietter (Dt.-Hann.) und Reichs-Bernsdorf (Chr.-Soz. Vd.) den Mißtrauensanträgen zu, während Abg. Reimert (Soz.) die Vorwürfe gegen die jetzige preussische Regierung zurückwies und die Politik Severings verteidigte.

Nach Zurückstellung der Abstimmung über die Mißtrauensanträge bis Donnerstag vertagte sich der Landtag auf Mittwoch; auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Ausführungsvorschriften zu den neuen Gemeindesteuern.

Politische Rundschau.

Der preussische Ministerpräsident wurde in das Ehrenkuratorium der Deutschen Hochschule für Politik berufen.

Prinzgemahl Heinrich der Niederlande ist zu einem Besuch in Mecklenburg eingetroffen.

Die ostdeutschen Handwerkskammern befaßten sich in einer Konferenz in Oppeln mit aktuellen Fragen. Der Präsident der Vorortkammer Frankfurt (Oder), Hefter, verwies auf die Verknüpfung der Interessen der Landwirtschaft mit denen des Handwerks und erinnerte an das Wort des Schuhmacher-Poeten Hans Sachs, daß, wenn das Handwerk blühe, auch das Land blühe. Dieses Wort sollten sich vor allem auch die Parlamente zu eigen machen.

Metall-Schlichtungsstelle ernannt.

Brauns Vorsitzender. — Harres und Prof. Zinzheimer Mitglieder.

Die in der Berliner Metallindustrie zur endgültigen Regelung der Löhne von den Parteien vereinbarte Schlichtungsstelle ist nunmehr gebildet worden. Außer dem früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, hat der Reichsarbeitsminister im Benehmen mit beiden Parteien den Oberbürgermeister Dr. Harres in Duisburg und den Professor Dr. Zinzheimer in Frankfurt a. M. zu Mitgliedern der Schlichtungsstelle ernannt. Die Genannten haben die Berufung angenommen.

Rundschau im Auslande.

Das russische Parlament billigte einen Vertrag mit zwei deutschen Bergbauverhältnissen, der diesen ein Jahresgehalt von je 60 800 M. gewährt.

Major Pabst kehrt nach Wien zurück. — Der Ausweisungsbefehl aufgehoben.

Der österreichische Innenminister Rüstl Starckenberg hat die Ausweisung des Majors Pabst aufgehoben, da die gegen Pabst erstattete Strafanzeige vom Staatsanwalt zurückgelegt worden ist. Major Pabst will vorerst seine privaten Angelegenheiten im Ausland ordnen und sodann im Laufe einiger Zeit nach Österreich zurückkehren.

Entwaffnungssaktion in Österreich.

Gaueinsamungen im ganzen Lande. — Zahlreiche Waffen beschlagnahmt.

— Wien, 5. November.

Auf Anordnung der Bundesregierung wurden in Deutsch-Österreich beim republikanischen Schutzband und in ihm nachstehenden Personen und Vereinigungen Hausdurchsuchungen nach Waffen und Munition vorgenommen. Die Hausdurchsuchungen erstreckten sich auf das ganze Land und erfolgten unter einem großen Ansehen von Militär, Polizei und Gendarmerie. In ersten Widerständen ist es, soweit es sich bisher übersehen läßt, bei der Entwaffnungssaktion nicht gekommen.

In Wien wurden vor allem die Häuser der Arbeiter-Sportverbände sowie verschiedene Arbeiterheime durchsucht. Während in den Häusern der Arbeiterzeitung die Nachsuchung ergebnislos verlief, fand man, wie verlautet, in einzelnen der anderen Lokalitäten Bestandteile von Maschinengewehren und Revolvern in geringer Anzahl.

In Innsbruck wurden sechs Maschinengewehre und 130 Kisten mit Munition, ein Paket Sprengstoff und mehrere Kisten mit Infanteriegewehren beschlagnahmt.

Ebenso wurde in Graz Kriegsgerät beschlagnahmt. In Wiener-Neustadt wurden zwei Maschinengewehre und mehrere tausend Infanteriegewehre nebst Munition sowie in dem sozialdemokratischen Konsum-

verein in Mödling zwei Maschinengewehre und mehrere hundert Infanteriegewehre beschlagnahmt.

Der sozialdemokratische Stellvertreter des Landeshauptmanns von Wien, Hellmer, bei dem gleichfalls eine Hausdurchsuchung stattfand, hat gegen die Verlegung seiner Immunität Einspruch erhoben.

Letzte Meldungen.

Die Regierungsvorlagen dem Ausschuss überwiesen. — Berlin, 5. November. Der vertrauliche Teil der Reichsratsitzung, in der die Ministerpräsidenten fast aller Länder sprachen und in der die grundsätzliche Zustimmung zum Regierungsprogramm zum Ausdruck gekommen sein soll, endete mit der Überweisung der 30 Vorlagen an die Ausschüsse.

Grzefinski zum Berliner Polizeipräsidenten ernannt.

— Berlin, 5. November. Das preussische Staatsministerium hat den Staatsminister a. D. und sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Grzefinski zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt. Der bisherige Polizeipräsident Jögebel wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

31 Stimmen Mehrheit für MacDonald

— London, 5. November. Im Unterhause wurde der von der konservativen Partei eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung MacDonald mit 281 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Bethel.

— Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jeder ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Buttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Suche für sofort für unseren Haushalt (1 Kind) ein gläubiges, gesundes

Mädchen

das in allen Hausarbeiten erfahren und kinderlieb ist.

Grau Pastor Hasenburg, Südeswegen, Bez. Düsseldorf (Rheinland)

Geb. schlicht, jg.

Mädchen

f. f. Aufnahme auf dem Lande 5. Weiterbildung im Hauswesen und Garten bei guter Verpflegung, eig. Zimmer, gegen monatliche Zuzahlung von 30 M. Koffer vorhanden. — Erholungsbedürftige finden auch freundl. Aufnahme. — Off. unt. N 7205 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Das in Bad Freienwalde a. d. O. befindliche

Christliche Altersheim

bietet seine Räume dem Alter an. Volle Verpflegung. Staatlich geprüfte Schwestern. Preis nach Uebereinkunft. Kein Baufestsetzungszuschuß oder sonstige Abgabe. Einlaufsmöglichkeit. — Anfrage

C. Walter, Prediger, Bad Freienwalde a. d. O., Bellevueplatz 3.

Pflegebedürftige Kinder finden liebevollen

Wintererholungsurlaub in Ostseebad Müritz 43.

Kinderschwester im Haus, auf Wunsch Privatunterricht. Tagespreis je nach Alter 3-3.50 RM.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik. Werkmeisterschule Lehrplan	Technikum Lage Lippe	Bauschule Architektur, Baugewerkwesen, Eisenbetonbau, Ziegelindustrie, Ziegeleigenieur, Ziegelmaler frei
--	-----------------------------------	---

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

„Original“

Schlaraffia-Matrassen

fertigen als Spezialität an

Polsterei Ordelheide, Bielefeld

Kreuzstraße 43

Gegr. 1888



In fast allen Gegenden Deutschlands wird Freitags und Samstags eine besonders gründliche Reinigung in Küche und Haus vorgenommen. Es ist immer ein kleiner Hausputz. Auch bei Ihnen wird's so sein.

Erleichtern Sie sich die Arbeit. Verwenden Sie zum Abwaschen aller Gegenstände, zum Putzen und Schrubben, die kräftige Lauge aus Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke Schwan. Schwanpulver ist außerordentlich ergiebig, löst leicht allen Schmutz, ohne die Gegenstände selbst anzugreifen. Versuchen Sie's beim nächsten Mal!



Es macht Freude, mit IMI zu arbeiten!



Mit dieser neuen, wunderbaren Aufwasch- und Reinigungshilfe schaffen Sie es in der halben Zeit! Und Sie brauchen sich bei weitem nicht so anzustrengen. Ins heiße Wasser gegeben, entfaltet IMI von selbst eine außerordentliche Reinigungskraft. Fett, Öl, Schmutz, nichts widersteht. So arbeitet IMI! Ob Sie Geschirr spülen oder andere Reinigungsarbeiten besorgen, immer haben Sie in IMI eine unersetzliche Hilfe, die rasch und sicher strahlende Sauberkeit und schimmernden Glanz in Küche und Haus bringt.

Überall, wo IMI erprobt ist, wird es gepriesen! IMI ist sparsam im Gebrauch und kostet nur 25 Pfennige. Lassen Sie es heute noch mitbringen!

Verwenden Sie immer

Henkels Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken